

ARBEITSGEMEINSCHAFT SWISSAID / FASTENOPFER / BROT FÜR BRÜDER / HELVETAS  
 COMMUNAUTÉ DE TRAVAIL SWISSAID / ACTION DE CARÊME / PAIN POUR LE PROCHAIN / HELVETAS

Geschäftsstelle: Swissaid  
 Jubiläumsstrasse 60  
 Tel. 031 44 95 55  
 3000 Bern 6

1.751-323

1.750.- /

Herr Bundesrat  
 Pierre Aubert  
 Vorsteher des Eidg.  
 Politischen Departementes  
 Bundeshaus

3003 B e r n

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen  
 AG/bm

Datum  
 31. März 1978

Verstärkte Einflussnahme der privaten Hilfswerke auf die  
 schweizerische Politik gegenüber den Entwicklungsländern

Herr Bundesrat,

Im Laufe der letzten Jahre haben sich in den Beziehungen zwischen den Industrienationen und den Staaten der Dritten Welt grundlegende Änderungen angebahnt. Bisher gültige Beziehungsstrukturen werden von den Entwicklungsländern immer mehr in Frage gestellt. Das wohl deutlichste Beispiel dieses Wandlungsprozesses ist der Ruf nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, ein Thema, das ja in letzter Zeit auch eine Reihe internationaler Konferenzen beschäftigt hat. Die Vorstösse der Entwicklungsländer zeigen, dass ihre Anliegen weit über das Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinn hinausgehen, dass sie vielmehr auf eine Diskussion und Neugestaltung der Gesamtheit der Nord-Süd-Beziehungen drängen. Die Feststellung ist wohl nicht übertrieben, dass es dabei um Grundfragen der internationalen Gemeinschaft geht, von deren Lösung das zukünftige friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker entscheidend abhängen wird.

Auch die Schweiz ist angesichts dieser Wandlungen aufgerufen, ihre Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt neu zu überdenken. Als Land mit besonders dichter Auslandverflechtung und mit einer langen Tradition internationaler Solidarität wäre sie geradezu prädestiniert, im Dialog zwischen dem Norden und dem Süden eine aktive und wegweisende Rolle zu spielen. Allerdings bedarf sie dazu einer klar definierten und kohärenten Entwicklungspolitik, die auf die Gesamtheit der Beziehungen zu den Entwicklungsländern den Grundsatz der Solidarität anwendet. Wir müssen uns die Frage stellen, ob die bisherige Politik der Schweiz gegenüber den Entwicklungsländern diesen Anspruch erheben dürfte.



Auch die Unterzeichner dieser Eingabe, private Hilfswerke und entwicklungspolitische Organisationen, fühlen sich durch die internationalen Geschehnisse herausgefordert, sich mit der Frage der Neuordnung der Nord-Süd-Beziehungen und mit der schweizerischen Haltung zu dieser Frage auseinanderzusetzen. Sie haben erkannt, dass die Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinn, die den Schwerpunkt ihrer Arbeit bildet, zwar einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme der Entwicklungsländer zu leisten vermag, dass sie aber - als Teilbereich unserer gesamten Beziehungen zu den Entwicklungsländern - allein und von den andern Beziehungen losgelöst das Nord-Süd-Problem einer Lösung nicht näher bringen kann. Es kann den Hilfswerken, die sich den Abbau von Armut und Abhängigkeit der Menschen in der Dritten Welt zum Ziel gesetzt haben, nicht gleichgültig sein, wie die andern Bereiche unserer Beziehungen zu den Entwicklungsländern gestaltet werden, die unter Umständen die Lebensbedingungen dieser Menschen viel nachhaltiger beeinflussen als die eigentliche Hilfstätigkeit. Die Hilfswerke fühlen sich deshalb aufgrund ihrer Zielsetzung verpflichtet, vermehrt zu Fragen der schweizerischen Politik gegenüber den Entwicklungsländern Stellung zu nehmen, und zwar auch über den Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinn hinaus.

Mit ihrem vermehrten Engagement in entwicklungspolitischen Fragen verfolgen die Hilfswerke die Absicht, einen Standpunkt in die Diskussion zu bringen, der nach ihrer Meinung nicht in genügendem Mass zum Ausdruck kommt, nämlich die Interessen der benachteiligten Menschen in der Dritten Welt. Dank ihrer langjährigen Erfahrungen in der Entwicklungsarbeit und ihrem ständigen Kontakt mit den Entwicklungsländern und ihren Menschen glauben sie auch, befähigt zu sein, einen eigenständigen sachlichen Beitrag zur schweizerischen Entwicklungspolitik zu leisten.

Aus diesen Gründen erlauben sich die unterzeichneten Organisationen, an Sie, Herr Bundesrat, zu gelangen, mit der Bitte, in Zukunft vermehrte Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der schweizerischen Entwicklungspolitik zu erhalten. Zur Entwicklungspolitik zählen wir dabei neben der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe, wie sie im Bundesgesetz vom 19. März 1976 umschrieben sind, insbesondere auch die Handelspolitik einschliesslich der Rohstoff-Fragen sowie die Politik in bezug auf die privatwirtschaftliche Tätigkeit in den Entwicklungsländern, namentlich die privaten Finanzflüsse, die multinationalen Unternehmungen und den Technologietransfer.

Wir sehen insbesondere die folgenden drei Formen einer verstärkten Mitwirkung in der schweizerischen Entwicklungspolitik:

1. Einbezug der Hilfswerke in die Vernehmlassungsverfahren zu allen Fragen, die direkt oder indirekt Auswirkungen auf unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern haben.

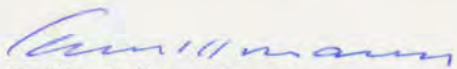
2. Angemessene Berücksichtigung der Hilfswerke bei der Bestellung von ausserparlamentarischen Arbeitsgruppen und Kommissionen, mit beratenden oder vollziehenden Funktionen, ungeachtet, ob es sich um ständige oder ad-hoc Gremien handelt, wenn ihnen Fragen zur Behandlung zugewiesen sind, die unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern betreffen.
3. Vertretung der Hilfswerke in den schweizerischen Delegationen an internationalen Konferenzen zu Entwicklungsfragen und Fragen der Nord-Süd-Beziehungen ganz allgemein. Als Beispiele für solche Konferenzen in der Vergangenheit seien etwa die Konferenzen der Vereinten Nationen für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD-Konferenzen) oder die Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) erwähnt.

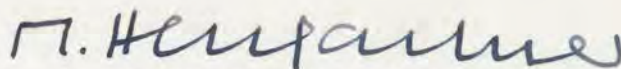
Mit dieser Eingabe möchten wir als private Organisationen unser ernsthaftes Interesse und unsere Bereitschaft anmelden, an der Gestaltung der schweizerischen Entwicklungspolitik mitzuwirken. Wir glauben, dass wir durch die Hunderttausende von Spendern, welche die Aufbauarbeit unserer Hilfswerke aus allen Schichten der gesamten schweizerischen Bevölkerung jährlich unterstützen, legitimiert sind, ein Mitspracherecht zu fordern, wie es der Privatwirtschaft schon seit langem als eine Selbstverständlichkeit gewährt wird. Wir sind auch der Ueberzeugung, dass sich aus der Motivation unserer Spender am ehesten die Grundlagen einer Entwicklungspolitik herleiten lassen, die nicht auf den kurzfristigen eigenen Vorteil bedacht ist, sondern im gemeinsamen Interesse aller Menschen und Völker an einer gerechteren und humaneren Welt gründet.

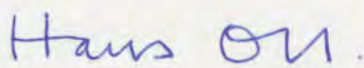
Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unseres Anliegens und erwarten gerne Ihre Stellungnahme zu unseren Vorstellungen.

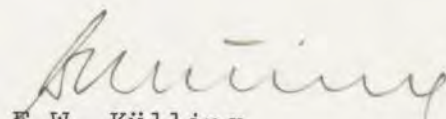
Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

ARBEITSGEMEINSCHAFT SWISSAID/FASTENOPFER/BROT FUER BRUEDER/HELVETAS

  
E.W. Schnellmann  
Generalsekretär SWISSAID

  
Meinrad Hengartner  
Direktor FASTENOPFER

  
Hans Ott  
Zentralsekretär BROT FUER BRUEDER

  
E.W. Külling  
Geschäftsleiter HELVETAS